

**abgeschlossen am  
22. März 2001**

	<u>Seite</u>
<b>1. Repräsentantenhaus für Bushs Einkommenssteuerreform</b>	<b>1</b>
<b>2. Demokraten kritisieren Bushs Haushaltsentwurf</b>	<b>2</b>
<b>3. Senat berät über Reform der Wahlkampffinanzierung</b>	<b>4</b>
<b>4. Senat für Verschärfung des Konkursrechts</b>	<b>6</b>
<b>5. Kritik an Bushs Initiative zur Förderung religiöser Gruppen</b>	<b>7</b>
<b>6. Bush fordert schnelle Strukturreform von Medicare</b>	<b>8</b>
<b>7. Verweigerungshaltung in der Klimapolitik unterstrichen</b>	<b>9</b>

**3/2001**

## 1. Repräsentantenhaus für Bushs Einkommenssteuerreform

Das Repräsentantenhaus hat am 8. März 2001 mit 230 zu 198 Stimmen einem von Präsident Bush vorgelegten Plan zur Absenkung und Konsolidierung der Einkommenssteuertarife zugestimmt. Den 219 Republikanern schlossen sich 10 moderat-konservative Demokraten sowie der unabhängige Abgeordnete Virgil E. Goode (Va.) an, dagegen stimmten 197 Demokraten sowie der unabhängige Abgeordnete Berny E. Sanders (Vt.).

Die Einkommenssteuersenkung ist mit einem vorgesehenen Entlastungsvolumen von ca. 958 Mrd. USD in den kommenden 10 Jahren das Kernstück der von der Bush-Administration vorgelegten Steuerreform, die auf einen Gesamtumfang von 1.600 Mrd. USD angelegt ist (vgl. CR 2/2001, S. 1). Der Eingangsteuersatz, der teilweise rückwirkend ab dem 1. Januar 2001 abgesenkt werden soll, zielt darauf ab, Einzelpersonen noch in diesem Jahr eine Entlastung von bis zu 180 USD (verheirateten Paaren 360 USD) einzuräumen.

Die von der Administration sowie den Republikanern im Repräsentantenhaus aus taktischen Gründen forcierte Abstimmung über die zentrale Komponente des Reformplans soll zusätzlichen Druck auf die Demokratische Partei ausüben, die eine Steuerreform nur im Kontext der laufenden Budgetberatungen aushandeln möchte (vgl. auch Punkt 2).

Die Demokratische Partei hat das nicht mit ihr abgestimmte Vorpreschen der Republikaner scharf kritisiert und vor diesem Hintergrund die von Präsident Bush wiederholt beteuerte Bereitschaft zur überparteilichen Zusammenarbeit in Frage gestellt. Die negativen Reaktionen lassen Zweifel an der mittelfristigen Wirksamkeit der Taktik der Administration aufkommen, die für einen Erfolg insbesondere im Senat auf die Kooperation demokratischer Senatoren angewiesen ist.

Demgegenüber zeigt das Votum des Repräsentantenhauses ebenso wie die vorausgegangene Abstimmung im zuständigen Finanzausschuss eine Verhärtung der parteipolitischen Fronten. Auch die Mitglieder des moderat-konservativen Flügels der Demokraten, denen bei der Bildung einer Mehrheitskoalition im Congress eine Schlüsselrolle zukommt, beklagten, sie seien mit Blick auf Verhandlungen bisher nicht konsultiert worden.

Im Senat haben jedoch nicht nur die oppositionellen Demokraten Widerstand gegen die Höhe und die Verteilung der von Bush vorgeschlagenen Entlastungen angekündigt. Auch eine Gruppe moderater Republikaner um Lincoln D. Chafee (R.I.), James M. Jeffords (Vt.) und Olympia J. Snowe (Maine) fordert grundsätzliche Korrekturen am bisherigen Zuschnitt der Reform. Als mögliche Kompromissformel ist gegenwärtig unter gemäßigten Senatoren beider Parteien eine schrittweise Steuersenkung in der Diskussion, die ausgesetzt werden soll, wenn die für die kommenden 10 Jahre prognostizierten Budgetüberschüsse (vgl. CR 2/2001, S. 3) nicht realisiert werden können. Die Administration sowie die konservativen Republikaner im Congress lehnen jedoch bisher eine solche Kopplung der Steuerreform an die längerfristige Haushaltsentwick-

lung ab. Die republikanischen Parteiführungen fordern vielmehr weiterhin zunehmende Entlastungen durch zusätzliche Steuerleichterungen für Kapitalerträge (*capital gains*) bzw. für die freiwillige Altersvorsorge (*Individual Retirement Accounts, IRAs*) sowie für Abschreibungen von Investitionen.

Während die Vertreter der Wirtschaftsverbände der Bush-Administration durch eine Zurückstellung ihrer Forderungen nach zusätzlichen Steuerentlastungen entgegengekommen sind, mobilisieren parteiunabhängige Gruppen wie die *Concord Coalition*, die sich seit Anfang der neunziger Jahre für einen Haushaltsausgleich und Schuldenabbau einsetzt, verstärkt gegen eine langfristige Festschreibung von Steuersenkungen in der vorgeschlagenen Höhe.

Zudem hat sich William Gates, Sr., der Vater des Gründers von Microsoft und Vorsitzender der Gates-Stiftung, in einer Anhörung vor dem Finanzausschuss des Senats gegen eine Abschaffung der Erbschaftssteuer ausgesprochen, die bereits einen Freibetrag von 675.000 USD für Einzelpersonen einräumt. Dies, so Gates, sei nicht nur verteilungspolitisch ungerecht, sondern ließe auch einen Rückgang gemeinnütziger Spenden erwarten.

Weitere Komplikationen in den Verhandlungen um den Zuschnitt der für das laufende Jahr erwarteten Steuerreform sind nicht nur in der Beratung über die weiteren Komponenten der Vorlage der Administration zu erwarten. Auch die beginnenden Auseinandersetzungen um den Bundeshaushalt versprechen durch die Verknüpfung von Steuererleichterungen mit den notwendigen Ausgabenkürzungen in Teilbereichen des Haushalts (vgl. Punkt 2) eine weitere Verschärfung der Kontroversen.

## **2. Demokraten kritisieren Bushs Haushaltsentwurf**

Im Senat haben führende Mitglieder der demokratischen Fraktion um *Minority Leader* Tom Daschle (S.D.) Präsident Bushs Haushaltsentwurf 2002, der dem Congress am 28. Februar 2001 übermittelt wurde, als unausgegoren kritisiert. Sie werfen dem Präsidenten vor, in seinem Haushaltsplan widersprüchliche Prioritätensetzungen zu verfolgen, die in einem Atemzug darauf abzielten, die Steuern zu senken (vgl. Punkt 1), die Bundesverschuldung abzubauen, das öffentliche Schulsystem zu reformieren und die Solvenz der Rentenversicherung (*Social Security*) sowie der Krankenversicherung des Bundes für Senioren und chronisch Kranke (*Medicare*) langfristig sicherstellen zu wollen. Faktisch gehe der Präsident damit „schmerzhaften Entscheidungen“ aus dem Weg, insbesondere mit Blick auf die langfristige Sicherung des *Social Security Trust Fund*.

Präsident Bushs Haushaltsplan geht für den Zeitraum von 2002 bis 2011

- von einem Haushaltsüberschuss von 5,6 Billionen USD aus,

- rechnet mit einer Einkommensteuerentlastung von 1,6 Billionen USD und
- prognostiziert eine Verringerung der Bundesverschuldung um 2 Billionen USD.

Im Haushaltsjahr 2002, das rechnungstechnisch am 1. Oktober 2001 beginnt, möchte Bush die Ausgaben im Bereich des *discretionary spending*, jenem Teil des Bundeshaushalts, über den der Congress (im Gegensatz zu den *entitlements*) frei verfügen kann, um 25,7 Mrd. auf insgesamt 635 Mrd. USD erhöht sehen. Das würde einer Ausgabensteigerung um vier Prozent gegenüber dem laufenden Haushaltsjahr 2001 entsprechen.

Inbesondere erhöht werden sollen die Budgets für das

- Department of Education (plus 11,5%),
- Department of Housing and Urban Development (plus 6,7%),
- State Department (plus 5,5%),
- Department of Defense (plus 4,8%).

Dagegen sollen gekürzt werden

- die Haushalte der Ministerien für Verkehr und Landwirtschaft (um 11,4 bzw. 7,7%) sowie
- das Budget für die amerikanische Umweltbehörde EPA (um 6,4%).

Kritik an Bushs Haushaltsplänen für das Jahr 2002 gab es dabei auch aus den Reihen der Republikaner, wo Senatoren wie Robert C. Smith (R-N.H.) sich „schockiert“ über die aus ihrer Sicht zu niedrigen Ausgabensteigerungen für das Pentagon zeigten und beklagten, dass sie nicht ausreichend konsultiert worden seien. Zwar sieht Bushs Budgetplan für das Pentagon Ausgabensteigerungen von 20 Mrd. USD gegenüber 2001 vor. Diese Summe reiche jedoch nicht aus, um die von Bush angekündigte „Revitalisierung der nationalen Verteidigungsfähigkeit“ vorzunehmen.

Der Präsident begründete seine Entscheidung mit der Notwendigkeit einer umfassenden Überprüfung der amerikanischen Verteidigungsfähigkeit, die sich immer noch nahezu unverändert an den Strukturen und Strategien des Kalten Krieges ausrichte, obwohl dieser doch seit einem Jahrzehnt vorüber sei. Bush unterstrich, dass jeder guten Bewilligungspolitik eine „strategische Vision“ vorausgehen müsse.

Dagegen bedauerte eine Gruppe republikanischer Senatoren um John McCain (Ariz.) im Februar in einem Brief an Bush, dass die geplanten Zuwächse in den Bereichen Forschung und Entwicklung sowie der Waffenbeschaffung für das kommende Haushaltsjahr nicht höher ausgefallen seien. Bob Stump (R-Ariz.), der Vorsitzende des Streitkräfteausschusses im Repräsentantenhaus, ging noch einen Schritt weiter und erklärte, dass Bush auf ein „Problem“ mit dem Congress zusteure, falls er bei der E-tathöhe von 310 Mrd. USD für das Pentagon bliebe. Dagegen lobten Demokraten wie

Senator Carl Levin (D-Mich.) das Bemühen der neuen Administration um eine umfassende Überprüfung der amerikanischen Rüstungspolitik, die „eine Menge Sinn mache“.

### 3. Senat berät über Reform der Wahlkampffinanzierung

Auf Druck der Senatoren John McCain (R-Ariz.) und Russell D. Feingold (D-Wis.) debattiert der Senat erneut über eine Gesetzesvorlage (*McCain-Feingold Bill*) zur Reform der Regulierung der Finanzierung der Bundeswahlkämpfe (vgl. CR 1/2001, S. 6).

Die McCain-Feingold Bill zielt auf die Revision des *Federal Election Campaign Act* aus den Jahren 1972/74 ab, mit dem Parteien und Interessengruppen auf die Regulierung des Spenden- und Finanzgebarens durch den Bund unter den Vorzeichen des Watergate-Skandals reagiert hatten.

Die Gesetzesvorlage sieht insbesondere vor,

- sogenannte *soft money contributions*, die bisher unbegrenzten Spenden an Parteien, die formell nicht für die Wahlkämpfe einzelner Kandidaten eingesetzt werden dürfen, zu verbieten;
- *independent issue advocacy* ('*sham issue ads*'), also Wahlkampfwerbung von Interessengruppen und Privatpersonen, die für oder gegen einzelne Kandidaten mobilisiert, für einen Zeitraum von 60 Tagen vor der Wahl zu untersagen.

Die Chancen zur Durchsetzung der Reform haben sich in Folge der Zugewinne der Demokratischen Partei in den zurückliegenden Congress-Wahlen sowie dem Einlenken republikanischer Senatoren wie Thad Cochran (Miss.) nachhaltig verbessert. Senator Mitch McConnell (Ky.), der führende Vertreter der meistenteils konservativ-republikanischen Opposition gegen die Vorlage, hat die Androhung eines *filibuster* - die Verhinderung einer Abstimmung durch Insistieren auf unbegrenzte Redezeit, die nur mit einer qualifizierten Mehrheit von 60 Stimmen eingeschränkt werden kann – zurückgezogen. McConnells Drohung hatte im 106. Congress eine Abstimmung im Senat verhindert, während das Repräsentantenhaus eine gleich lautende Gesetzesvorlage verabschiedete (*Shays-Meehan bill*, vgl. CR 6-7/1999, S. 5 und 9/1999, S. 2).

Das Einlenken hat allerdings auf der Seite der Demokraten neue Zweifel an den Auswirkungen der Reform auf den Parteienwettbewerb aufkommen lassen. Der Hintergrund der Bedenken ist das Aufschließen der Demokratischen Partei in der Einwerbung von *soft money contributions* in den 1990er Jahren. 1991/92 hatte die Republikanische Partei mit einem Gesamtaufkommen von ca. 50 Mio. USD an solchen Spenden noch einen Vorsprung von ca. 14 Mio. USD vor den Demokraten; 1999/2001 schmolz dieser Abstand mit Aufkommen von 245 Mio. USD gegenüber 243 Mio. USD drastisch. Im Vorteil blieben die Republikaner demgegenüber in der Einwerbung von *hard*

*money contributions* (447 Mio. / 270 Mio. USD), den regulierten und begrenzten Spenden, die von den Parteien für Kandidaten verausgabt werden dürfen.

Während die demokratische Senatsführung um Tom Daschle (S.D.) unverändert die Unterstützung der Partei für eine Reform beteuert, hat Senator John Breaux (La.) vom moderat-konservativen Flügel offen seinen Widerstand angekündigt, und auch Senator Robert G. Torricelli (N.J.) hat tief greifende Bedenken angemeldet. Zudem hat sich der Gewerkschaftsdachverband AFL-CIO gegen eine Beschränkung der parteiunabhängigen Wahlkampfwerbung ausgesprochen, die den Einfluss der Gewerkschaften, so das Argument, unverhältnismäßig schmälern würde.

Weitere Hürden, die der Verabschiedung der McCain-Feingold Bill entgegen stehen, sind eine Reihe von Vorlagen zur Änderung und Erweiterung des Reformvorschlags von republikanischer und demokratischer Seite, die unter anderem darauf abzielen:

- die Spenden von Gewerkschaften und Unternehmen an die schriftliche Zustimmung der Mitglieder oder Anteilseigner zu binden,
- die Obergrenzen für die Spenden von Einzelpersonen von bisher 1.000 USD auf 3.000 USD je Wahlzyklus anzuheben,
- die Eigenaufwendungen vermögender Kandidaten zu begrenzen;,
- reduzierte oder subventionierte Preise für die Anzeigenwerbung von Kandidaten festzuschreiben sowie
- Kandidaten im Gegenzug für die Einhaltung von Ausgabenbegrenzungen öffentliche Wahlkampfunterstützung zu gewähren.

Darüber hinaus hat Senator Chuck Hagel (R-Neb.) einen Alternativvorschlag vorgelegt, der *soft money contributions* an die Bundesparteien nicht gänzlich verbietet, sondern auf 120.000 USD je Wahlzyklus begrenzen und die Obergrenzen für *hard money*-Spenden an die Kandidaten auf 3.000 USD anheben würde. Präsident Bush hat sich ebenfalls öffentlich für eine Anhebung der Spendenobergrenzen ausgesprochen. Er will nur ein Verbot für *soft money contributions* von Seiten der Gewerkschaften und Unternehmen akzeptieren, während die Rechte von Einzelpersonen nicht eingeschränkt werden sollen.

Kritiker der Alternativ- und Ergänzungsvorschläge wenden dagegen ein, dass die Zusätze unbeschadet der Intentionen ihrer Befürworter, die Bildung einer Mehrheitskoalition erheblich erschweren können. Senator Hagels Kompromissvorschlag wird demgegenüber als unzureichend zurückgewiesen, weil er die *soft money*-Spenden an die Bundespartei nur begrenzt und an die Parteien in den Einzelstaaten ohne Einschränkungen legalisiert.

Sollte es den Reformbefürwortern trotz der vielfältigen Hindernisse dennoch gelingen, eine Mehrheit für einen Kompromiss zu finden, gegen den Präsident Bush kein Veto einlegen wird, steht als nächster Test eine Prüfung durch den *Supreme Court* an. Der Oberste Gerichtshof der USA hat in mehreren Urteilen deutlich gemacht, dass er Gesetze gegen Praktiken, die Korruption fördern oder den Anschein unlauterer Einflussnahme begründen, nicht generell für verfassungswidrig hält.

#### 4. Senat für Verschärfung des Konkursrechts

Nach dem Repräsentantenhaus hat sich am 15. März 2001 auch der Senat mit großer Mehrheit (83:15 Stimmen) dafür ausgesprochen, die Konkursordnung in den USA zu verschärfen („Bankruptcy Overhaul Legislation“). Das Repräsentantenhaus hatte bereits am 1. März mit 306:108 dafür votiert, die Rechte von Gläubigern in Konkursverfahren zu stärken, was insbesondere vom Einzelhandel, von Banken und Kreditkartenfirmer verlangt worden war.

Die Gesetzesvorlagen beider Kammern (S 220; HR 3333) zielen darauf ab,

- den Forderungen von Gläubigern in Konkursverfahren mehr Geltung zu verschaffen. Schuldner, deren Einkünfte groß genug sind, um 25 Prozent ihrer Schulden begleichen zu können, sollen während eines Zeitraums von fünf Jahren zur Schuldentilgung verpflichtet werden. Ausgenommen bleiben sollen jene Personen, deren Einkünfte unter denen des Durchschnittseinkommens im jeweiligen Bundesstaat liegen.

Grundbesitz bis zu einer Höhe von 100.000 USD soll, falls er mindestens zwei Jahre vor Eröffnung des Konkursverfahrens erworben wurde, nicht durch diese Regelung berührt werden. Das gleiche gilt für steuerbefreite Rentenspareinlagen und Ausbildungsfonds, solange diese mindestens ein Jahr vor Konkursöffnung erworben worden sind.

Vorgesehen ist außerdem, die Auskunftspflicht von Kreditkartenbesitzern zu erweitern, um deren Kreditwürdigkeit noch genauer prüfen zu können.

Während Thomas Donohue, Präsident der *United States Chamber of Commerce*, die Verschärfung des Konkursrechts begrüßte und darauf hinwies, dass „mehr Amerikaner pro Jahr den Offenbarungseid leisten als einen College-Abschluss erwerben“, befürchteten Kritiker, dass die Schuldenfalle für viele Amerikaner noch bedrohlicher werden könnte. Sie verweisen darauf, dass es vor allem Bezieher kleiner Einkommen sind, die ihren Zahlungsverpflichtungen nicht nachkommen können.

Nach Berechnungen von Verbraucherverbänden ist die Zahl der Bankrotterklärungen seit 1986 von 500.000 pro Jahr auf 1,4 Mio. im Jahr 1998 gestiegen.

## 5. Kritik an Bushs Initiative zur Förderung religiöser Gruppen

Präsident Bushs Plan zur Förderung wohltätiger, sozialer Aktivitäten von religiös-kirchlichen Organisationen (faith-based initiative) stößt auf wachsende Kritik von liberaler wie konservativer Seite.

Die im Januar 2001 vorgestellte Initiative greift ein Wahlkampfversprechen auf, das Bushs Leitvorstellungen eines *compassionate conservatism* - eines sozial engagierten Konservatismus - programmatisch untermauern sollte (vgl. CR 8/2000, S. 7; CR 4/2000, S. 9). Zur Koordinierung der Aktivitäten ist Ende Januar 2001 im Weißen Haus ein *Office of Faith-based and Community Initiatives* unter John DiIulio, Professor an der University of Pennsylvania und nach eigenem Bekunden demokratischer Parteianhänger, neu eingerichtet worden.

Die Kernpunkte des vorgestellten Plans einer verstärkten Förderung religiöser Gruppen sind

- die Revision der Richtlinien für die Vergabe staatlicher Mittel mit dem Ziel, auch Organisationen zu unterstützen, die soziale Hilfsleistungen mit der Propagierung ihres Glaubensbekenntnisses verbinden;
- eine separate Steuergutschrift (*tax credit*) von jährlich 500 USD für Spenden an wohltätige Gruppen;
- die Option für Einzelstaaten, nicht verausgabte Bundeszuschüsse zur Sozialhilfe für die Finanzierung entsprechender einzelstaatlicher Steuergutschriften zu nutzen.

Von linken und liberalen gesellschaftlichen Gruppen wird insbesondere die Aushöhlung der in der Verfassung verankerten Trennung von Kirche und Staat kritisiert, und auf mögliche abschreckende Effekte der religiösen Ausrichtung sozialer Leistungen hingewiesen, die allen Hilfsbedürftigen zugänglich sein sollten. Kleineren Glaubensgemeinschaften, die nicht in allen Teilen des Landes organisierte Präsenz zeigen können, drohe zudem die Abwerbung von Mitgliedern durch die vor Ort vertretenen Kirchengemeinden.

Von konservativ-religiösen gesellschaftlichen Gruppen wird umgekehrt eine mit der finanziellen Förderung verbundene wachsende Einflussnahme des Staates und die Anpassung der Aktivitäten an die Vorgaben befürchtet. Vertreter der religiösen Rechten wie Pat Robertson und Jerry Falwell warnen vor den „korrumpierenden Effekten“ staatlicher Kontrollen und Fördermittel. Aber auch intellektuelle Verfechter einer Stärkung religiös-zivilgesellschaftlicher Organisationen wie Marvin Olasky, Berater Bushs im Wahlkampf und Autor mehrerer Bücher über *compassionate conservatism*, sehen eine direkte Förderung als problematisch an.

Während John DiIulio für die Administration die Befürchtungen als überzogen zurückwies, haben die Senatoren Joe Lieberman (D-Conn.) und Rick Santorum (R-Pa.),

die Teile der Initiative als Gesetzesvorlagen im Congress einbringen wollen, in Reaktion auf die breite Kritik angeregt, die Vorschläge noch einmal zu überdenken. Liebermann selbst steht insbesondere einer weiteren Öffnung der Sozialhilfeprogramme für kirchlich-religiöse Gruppen positiv gegenüber. Senator Santorum hat vorgeschlagen, den Ausbau der Förderung zurückzustellen, bis konkrete Erfahrungen mit bestehenden und den von der Exekutive unter administrativen Kompetenzen neu eingerichteten Programmen vorliegen.

## 6. Bush fordert schnelle Strukturreform von Medicare

Bei einem Treffen mit Congress-Mitgliedern beider Parteien Anfang März 2001 hat Präsident Bush eine strukturelle Reform von *Medicare*, der Krankenpflichtversicherung des Bundes für Senioren, Behinderte und chronisch Kranke, noch in diesem Jahr gefordert.

Als Ausgangspunkt für einen möglichen zwischenparteilichen Kompromiss hat Bush auf die Empfehlungen der von Präsident Clinton einberufenen Medicare-Kommission von 1999 verwiesen (vgl. CR 1/1999, S. 7; CR 3/1999, S. 4). Die Empfehlungen der Mehrheit der Kommissionsmitglieder waren auf Grund von Einwänden der Clinton-Administration sowie der großen Mehrheit der Demokraten im Congress zunächst zurückgestellt worden.

Das Reformkonzept der Medicare-Kommission, das primär auf Eindämmung der auf Grund der demographischen Entwicklungen zu erwarteten Kostensteigerungen zielt, sieht insbesondere vor,

- die einheitliche Bundesversicherung durch ein Wettbewerbssystem nach dem Muster des *Federal Employee Health Benefit Plan* zu ersetzen, das den Anspruchsberechtigten eine Auswahl privater Krankenversicherungen anbietet, die nach Leistungen gestaffelt unterschiedlich hohe Eigenbeiträge erfordern;
- das Regelzugangsalter für Medicare von 65 auf 67 Jahre anzuheben;
- eine bisher fehlende Versicherungsabdeckung für Medikamente (*prescription drug benefit*) einzuführen.

Während die Verbindung der Leistungsausweitungen durch die Medikamenten-Zusatzversicherung mit durchgreifenden Kostenkontrollmaßnahmen generell auf breite Zustimmung im Congress stößt, besteht hinsichtlich einer schnellen Kompromissfindung Skepsis. Führende Vertreter des Finanzausschusses des Senats, Charles Grassley (R-Iowa) und Max Baucus (D-Mont.), halten eine Reform noch in der laufenden Sitzungsperiode für wenig wahrscheinlich.

---

Die Senatoren John Breaux (D-La.) und Bill Frist (R-Tenn.), die eng mit der Bush-Administration zusammenarbeiten, haben neben einer Gesetzesvorlage, welche die diskutierten Reformen als Paket bündelt, einen zweiten Entwurf eingebracht, der sich auf die Medikamenten-Zusatzversicherung beschränkt (vgl. CR 2/2001, S. 7).

## **7. Verweigerungshaltung in der Klimapolitik unterstrichen**

Offensichtlich auf Druck der Republikaner im Congress hat Präsident Bush im März 2001 seine im Wahlkampf ursprünglich geäußerte Bereitschaft, auf eine Begrenzung der Treibhausgasemissionen amerikanischer Kohlekraftwerke hinzuwirken, aufgegeben.

Er reagierte damit auf Bedenken konservativer Republikaner im Senat um Chuck Hagel (Neb.) und Larry Craig (Idaho), die bereits im Rahmen der Verhandlungen um das Kioto-Protokoll 1997 massive Bedenken gegen die Reduzierung von Treibhausgasen wie Kohlendioxid und Schwefelhexafluorid geltend gemacht und die Ratifikation des Kioto-Protokolls durch die USA blockiert hatten (vgl. CR 12/1997, S. 8). Ihre ablehnende Haltung begründeten die Senatoren vor allem mit Verweis auf Wettbewerbsargumente und die Sorge vor einem Souveränitätsverlust der USA.

Die USA sind der größte Kohlendioxidproduzent der Welt, jenes Treibhausgases, das ursächlich für die zunehmende Erderwärmung verantwortlich gemacht wird.

Die Entscheidung Bushs unterstreicht aufs Neue die Verweigerungshaltung der USA gegenüber multilateralen Maßnahmen zum Klimaschutz und dürfte zu neuerlichen erheblichen Irritationen zwischen der EU und den USA in der internationalen Umweltpolitik führen.